



DIE SPITÄLER DER SCHWEIZ
LES HÔPITAUX DE SUISSE
GLI OSPEDALI SVIZZERI

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Gesundheit BAG
Direktionsbereich Kranken- und Unfallversicherung
Abteilung Tarife und Grundlagen
Schwarzenburgstrasse 157
3003 Bern

Per Mail: tarife-grundlagen@bag.admin.ch und gever@bag.admin.ch

Ort, Datum	Bern, 14. August 2020	Direktwahl	031 335 11 21
Ansprechpartner	Isabelle Praplan-Rudaz	E-Mail	isabelle.praplan@hplus.ch

**Änderung der Verordnung über die Krankenversicherung (KVV; SR 832.102)
aufgrund der Teilrevision vom 21. Juni 2019 des Bundesgesetzes vom 18. März
1994 über die Krankenversicherung (KVG; SR 832.10) «Stärkung von Qualität
und Wirtschaftlichkeit»:
Stellungnahme H+**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset,
Sehr geehrte Damen und Herren

Vielen Dank für die Einladung zur Vernehmlassung betreffend die Änderung der KVV zur Stärkung von Qualität und Wirtschaftlichkeit vom 6. März 2020. H+ Die Spitäler der Schweiz ist der nationale Verband der öffentlichen und privaten schweizerischen Spitäler, Kliniken und Pflegeinstitutionen. Uns sind 220 Spitäler, Kliniken und Pflegeinstitutionen als Aktivmitglieder an 370 Standorten sowie über 160 Verbände, Behörden, Institutionen, Firmen und Einzelpersonen als Partnerschaftsmitglieder angeschlossen. Wir vertreten über 200'000 Arbeitsverhältnisse.

Die Gültigkeit der Verordnung beschränkt sich unverständlicherweise auf die Spitäler, Kliniken und Pflegeinstitutionen. Im Verordnungsentwurf steht nicht die Leistungsqualität im Vordergrund, was sich daran zeigt, dass die angedachten Qualitätsvorgaben nur für die Spitäler gelten. Gesundheitszentren, Facharztpraxen oder freischaffende Gesundheitsfachpersonen unterstehen nicht den Qualitätsvorgaben. Da die Ambulantisierung rasch voranschreitet und die integrierte Versorgung gefordert wird, ist eine Gleichbehandlung zwingend und im Sinne der Patientinnen und Patienten.

H+ lehnt die vorgeschlagene KVV Revision «Stärkung von Qualität und Wirtschaftlichkeit» in der vorliegenden Form ab und weist diese zur Überarbeitung zurück.

Die Änderung der KVV umfasst Ausführungen zu den Grundsätzen der Qualitätsentwicklung (Art. 77 nKVV) und zu den Qualitätsverträgen (Art. 77a nKVV), die ersatzlos gestrichen werden können, da die Vorgaben im KVG ausreichend klar sind und für eine gezielte Umsetzung genügen. Ausserdem schränkt der Detaillierungsgrad der Inhalte die Ausgestaltung der Qualitätsverträge durch die Verbände der Leistungserbringer und der Versicherer (Art. 58a nKVG) und somit die Vertragsfreiheit zu stark ein.

Auf grosses Unverständnis stösst, wie die eidgenössische Qualitätskommission zusammengesetzt ist (Art. 77b). Aus Sicht von H+ ist es inakzeptabel, dass die Spitäler und Kliniken lediglich

einen Sitz erhalten, während den Kantonen und Versicherern je zwei Sitze zustehen sollen. Weder Kantons- noch Versicherungsvertretende haben das notwendige Wissen und den Praxisbezug für eine Prüfung der Realisierbarkeit von Qualitätsindikatoren und -programmen sowie der Wirtschaftlichkeit. Diese Kompetenzen liegen primär in den Spitälern und Kliniken. Die Qualitätskommission sollte ein Fachgremium und kein politisches, interessengesteuertes Konstrukt sein. Die Mitglieder der Kommission müssen daher zwingend Praxiswissen mitbringen, um den echten Nutzen und die Umsetzung der Massnahmen im Klinikalltag abschliessend beurteilen zu können. Die Anzahl Spitalvertretende muss zwingend auf vier Personen erhöht werden, um die einzelnen Fachbereiche sowie unterschiedlichen Spitalstrukturen abzudecken.

Die Regelung der Finanzhilfen (Art. 77e Abs. 1 bis 3) ist im Vergleich zum Prozess der Vergabe der Abgeltungen und Umgang mit der Prioritätenliste bei Abgeltungen und Finanzhilfen (Art. 77g) zu detailliert. Grosses Erstaunen hingegen löst aus, weshalb die Finanzierung von bestehenden Organisationen im Bereich der Qualität und Patientensicherheit wie auch die Finanzierung der Umsetzung der Qualitätsverträge nicht geregelt sind. Dass langjährige und von diversen Akteuren getragene Organisationen sowie bewährte Programme und Messungen mit dem revidierten Art. 58 KVG und der vorliegenden Anpassung KVV in ihrer Existenz bzw. Umsetzung bedroht sind, ist eine nicht akzeptable Tatsache. Hierzu müssen zwingend Anpassungen erfolgen.

Im Zusammenhang mit der Weitergabe von Daten (Art. 30b Abs. 1 Bst. a.) und deren Verwendung im Rahmen der Qualitätsentwicklung fordert H+ den Nachweis, dass die Bestimmungen mit anderen geltenden Bundesgesetzen (KVG, DSG und StGB) abgestimmt sind. Die Leistungserbringer sind beim Ausüben der Qualitätssicherung, -kontrolle und -entwicklung mittels anerkannter Instrumente wie interprofessionelle Peer Reviews, Audits, M&M-Konferenzen und Zertifizierungen, auf effizientes und angemessen straffreies Arbeiten angewiesen (vgl. Positionspapier «Qualitätsentwicklung braucht rechtliche Rahmenbedingungen» der Allianz Peer Review CH¹). Zudem ist darauf hinzuweisen, dass Spital- und Personendaten nicht auf Vorrat gesammelt werden sollen und die Lieferung wie Weitergabe von nicht-anonymisierten Individualdaten nicht erlaubt ist.

Im Rahmen der Datenlieferung (Art. 77c nKVV) werden die Leistungserbringer verpflichtet, alle Daten korrekt, fristgerecht und auf eigene Kosten zu liefern. Es bleibt unklar, um welche Art von Daten es sich handelt und in welchem Detaillierungsgrad diese geliefert werden müssen. Für die Leistungserbringer fällt grosse zusätzliche Arbeit an, die nicht entschädigt wird. Diese unspezifischen Forderungen können wir keineswegs unterstützen.

Verwirrend bzw. unverständlich ist zudem, dass die «Vorlage zur Stärkung der Qualität und Wirtschaftlichkeit» und die Vorlage zu den Planungskriterien und der Tarifiermittlung, worin die Kriterien zur Beurteilung der Qualität und Wirtschaftlichkeit eine wesentliche Rolle spielen, separat und zeitlich verzögert vernehmlassiert werden bzw. unterschiedliche Rückmeldefristen bestehen.

Interdependenzen zwischen den beiden KVV Revisionen sind dringend zu prüfen. Die Ziele der KVV Revision I und KVV Revision II widersprechen sich: In der KVV Revision I soll die Abgeltung der Spitäler massiv reduziert werden und – gemäss KVV Revision II – gleichzeitig die Qualität verbessert sowie zusätzliche Datenerhebungen und daraus abgeleitete Massnahmen durchgeführt werden. In diesem Zusammenhang verweisen wir ausserdem auf die RFA-Richtlinien des Bundesrates und die darin geforderte Regulierungsfolgenabschätzung bei Rechtssetzungsverfahren (vgl. Stellungnahme zur KVV Revision I).

¹ Deutsch: Positionspapier «Qualitätsentwicklung braucht rechtliche Rahmenbedingungen»

https://www.hplus.ch/fileadmin/hplus.ch/public/Politik/Position/20200630_Positionierung_Qualitaetsentwicklung_Gesetzlicher_Rahmen_V1.0_D.pdf

Französisch: [Französisch: https://www.hplus.ch/fileadmin/hplus.ch/public/Politik/Position/20200630_Positionierung_Qualitaetsentwicklung_Gesetzlicher_Rahmen_V1.0_F.pdf](https://www.hplus.ch/fileadmin/hplus.ch/public/Politik/Position/20200630_Positionierung_Qualitaetsentwicklung_Gesetzlicher_Rahmen_V1.0_F.pdf)

Allgemeine Bemerkungen, Vorbehalte und einzelne Änderungsvorschläge entnehmen Sie dem beiliegenden Antwortformular.

Wir danken Ihnen für die Aufnahme unserer Anliegen und stehen Ihnen für ergänzende Auskünfte gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'A. Bütikofer', with a stylized flourish at the end.

Anne Bütikofer
Direktorin

Beilage:

- Offizielles Antwortformular mit Detailbemerkungen von H+